

HANDELSBLATT, Dienstag, 24. Juni 2008, 15:59 Uhr

Längere Laufzeiten

SPD-Politiker nennt Union „Atomsekte“

Ein neuer Vorstoß der Union für längere Atomlaufzeiten sorgt für heftigen Koalitionsstreit. „Die CDU/CSU verkommt zu einer Atomsekte“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ulrich Kelber.



Kraftwerk Biblis: Die Union will längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Foto: ap

HB BERLIN. Wie alle „obskuren, religiösen Sekten“ trage die Union ein Glaubensmantra vor sich her, sagte Kelber am Dienstag. Ob nun der Benzinpreis steige oder die Gaspreise, immer falle der Union nur ein, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen.

Zuvor hatte der CDU-Wirtschaftspolitiker Laurenz Meyer seinen Vorschlag wiederholt, mit Gewinnen aus längeren Laufzeiten günstigere Stromtarife für private Haushalte zu finanzieren. „Wir wollen Vorteile für den normalen Arbeitnehmer“, sagte Meyer. Die Gewinne aus längeren Laufzeiten sollten dazu dienen, dass alle Haushalte „die ersten 500 Kilowattstunden Strom verbilligt beziehen können“.

Auch der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen, warb für eine Abkehr vom Atomausstieg. Die aktuelle Entwicklung der Energiepreise zwingt zu einer „Entideologisierung“ der Debatte. SPD und Grüne hätten sich in der Debatte über die Atomenergie „eingemauert“. Wenn man die Kriterien stabile Preise, Klimaverträglichkeit und Sicherheit ernst nehme, gehöre die Kernenergie langfristig zur Energieversorgung.

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer betonte, es gehe der Union nicht um den Neubau, sondern allein um darum, den 17 bestehenden Atomkraftwerken etwas längere Laufzeiten einzuräumen. Angesichts des Energiebedarfs könne er sich nicht vorstellen, dass Deutschland auf absehbare Zeit auf Kernenergie verzichten könne.

Dagegen sagte Kelber, es sei falsch, von längeren Atomlaufzeiten günstigere Strompreise zu erwarten. Denn derzeit dürften die Meiler ja noch produzieren, und trotzdem stiegen die Preise. Auch Meyers Vorstoß, die Gewinne zur Finanzierung von Sozialtarifen zu verwenden, wies Kelber zurück. Die Atombetreiber hätten dies bereits abgelehnt.

„Damit hat sie sich von jeder seriösen Energie- und Sozialpolitik verabschiedet“, sagte Kelber. „Wenn CDU und CSU nichts anderes einfällt, dann freuen wir uns auf einen Atomwahlkampf.“

Auch die FDP wies Meyers Vorstoß zurück. „Der Unionsvorschlag

einer Kopplung von Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke an die verbilligte Abgabe von Strom ist gefährlicher ordnungspolitischer Unsinn“, erklärte FDP-Energieexpertin Gudrun Kopp.

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.